

<https://reitschuster.de/post/postbank-kuendigt-afd-chef-das-konto-und-medien-ignorieren-es/> 27.9.2023

Postbank kündigt AfD-Chef das Konto – und Medien ignorieren es Wie in einem autoritären Staat

Als im Juli bekannt wurde, dass dem britischen Politiker und EU-Kritiker Nigel Farage und „ihm nahestehenden Personen“ von der Privatbank Coutts die Konten gesperrt wurden, ging ein Aufschrei durch Großbritannien. Besonders bemerkenswert: Selbst die erbittertsten Gegner des rechten Politikers, der in London beim Establishment genauso beliebt ist wie die AfD in Deutschland, empörten sich über die Kontensperrung. Der Tenor: politische Feindschaft hin oder her, eine Sperrung der Konten geht zu weit. Selbst die Regierung sah Handlungsbedarf: Das Finanzministerium kündigte einen Gesetzentwurf an, der Banken die Sperrung von Konten künftig deutlich erschweren soll. Im äußersten Fall droht den Kreditinstituten dann sogar der Entzug ihrer Lizenz. London wertet diese Initiative als einen wichtigen Schritt für den Schutz der Meinungsfreiheit (siehe [hier](#)).

Ganz anders in Deutschland. Hier werden seit Jahren Regierungskritikern die Konten gekündigt, teilweise geradezu im Akkord – wovon ich ein Lied singen kann (siehe [hier](#), [hier](#) und [hier](#)). Statt Empörung rufen diese Sperrungen für Andersdenkende beim polit-medialen Komplex in Deutschland eher Schadenfreude und Häme hervor. Die Bundesregierung duckt sich weg und wäscht ihre Hände in Unschuld (siehe [hier](#)).

Und so gibt es auch allenfalls im Kleingedruckten einen Hinweis auf das, wovon AfD-Chef Tino Chrupalla am Montag in der ARD berichtete, als Beispiel für die Ausgrenzung seiner Partei: „Mir wurde am Freitag mein Konto bei der Postbank gekündigt, weil ich AfD-Mitglied bin!“

Solche Kontensperren sind extrem nerven- und zeitaufwändig. Vor allem, wenn man auch bei der neuen Bank nicht weiß, ob sie nicht auch bald einknickt.

In Deutschland gibt es, angestachelt und angestiftet von willfährigen Medien und vermeintlichen „Nichtregierungs-Organisationen“, die in Wirklichkeit für die Regierung und mit deren Geld deren Kritiker diffamieren und terrorisieren, eine ganze Heerschar von Denunzianten, die bei Banken, sozialen Medien und anderen Institutionen gegen kritische Geister hetzen und diese mit Denunziationen regelrecht fluten, wie mir einmal ein Bekannter erzählte, der selbst Banker ist.

Die Regierung nimmt das nicht nur schweigend und ganz offensichtlich mit Wohlwollen hin – sie hat gezielt die Grundlagen und die Bedingungen geschaffen für die Atmosphäre des Hasses und der Hetze gegen Menschen mit „falscher Meinung“, die solche Exzesse ermöglichen und befördern.

Wir haben es mit Mechanismen der „Zersetzung“ zu tun, die wir früher von der Stasi kannten – und die heute quasi im „Outsourcing“ von einer autoritär tickenden Regierung an formell nicht-staatliche Organisationen delegiert wurden.

<https://www.tichyseinblick.de/gastbeitrag/microsoft-windows-geschaeftsbedingungen/> 28.9.2023

Ab Oktober kontrolliert Microsoft automatisiert alles, was Sie mit ihrem Windows-Computer anstellen

Wenn Sie sich als Microsoft-Kunde bei ihrer Nutzung von Produkten des Quasi-Monopolisten nicht an einen vagen Verhaltenskodex halten, kann Ihnen bald das Konto gesperrt werden - und Sie verlieren Zugriff auf alle bezahlten oder kostenlosen Dienste und ihre dort gespeicherten Daten. Regress gibt es auf Basis von Gutdünken durch Microsoft. Von Norbert Häring

Laut dem neuen „[Servicevertrag](#)“ von Microsoft [gilt](#): „Schwere oder wiederholte Verstöße gegen unsere Richtlinien (...) können zur Sperrung des Kontos führen. Manchmal kann eine Sperrung dauerhaft sein. Bei einer dauerhaften Sperrung verliert der Besitzer des gesperrten Profils alle Lizenzen, Abonnements, Mitgliedszeiten und Microsoft-Kontoguthaben.“

Man darf dagegen Widerspruch bei Microsoft einlegen. Viele der erwähnten Regelbrüche sind kriminelle Handlungen, von Kinderpornographie bis Phishing. Aber es gibt eben auch Begriffe im Verhaltenskodex, von denen wir gelernt haben, dass sie extrem dehnbar sind, wie „Hassrede“ und „anstößig“. Viele bezeichnen es inzwischen bereits als Hassrede, wenn die Regierung, oder eine Person einfach nur kritisiert wird. Auch mit dem Urheberrechtsschutz kann man relativ leicht in Konflikt kommen, ohne kriminell veranlagt zu sein.

Microsoft verspricht, nur verhältnismäßige Strafen bei schweren und wiederholten Verstößen zu verhängen. Aber in dem Regelwerk steht nichts, was eine halbwegs glaubwürdige Garantie bieten würde, dass nicht genau dasselbe passiert, wie bei den sozialen Medienplattformen Facebook, Instagram, Twitter und Co. Dass diese nämlich unter dem Druck der Regierungen viel zu viel zensieren, blocken und regelmäßig über ihre diesbezüglichen Bemühungen berichten. Oft wird wegen kleinster oder nicht nachvollziehbarer Vergehen auf völlig intransparente Weise zensiert, blockiert und gekündigt, bevorzugt gegen Kritiker der Regierung und internationaler Organisationen wie der WHO und Abweichler von deren Narrativ.

<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2023-09/artgemeinschaft-nancy-faeser-rechtsextremismus> 27.9.2023

Nancy Faeser verbietet rechtsextreme Gruppe Artgemeinschaft

Die Bundesregierung hat eine weitere rechtsextreme Gruppe verboten. Polizisten durchsuchten am Morgen in zwölf Bundesländern Räume der sektenartigen Artgemeinschaft.

[Bundesinnenministerin Nancy Faeser \(SPD\)](#) hat die rechtsextremistische Vereinigung Die Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung verboten. Polizisten hätten am Morgen 26 Wohnungen von 39 Vereinsmitgliedern und Räume des Vereins in zwölf

Bundesländern durchsucht, um das Verbot umzusetzen, teilte Faesers Ministerium mit.

"Mit der Artgemeinschaft verbieten wir eine sektenartige, zutiefst rassistische und antisemitische Vereinigung", sagte Faeser. "Das ist ein weiterer harter Schlag gegen den Rechtsextremismus und gegen die geistigen Brandstifter, die bis heute NS-Ideologien verbreiten." Die Behörden hätten das Verbot seit mehr als einem Jahr vorbereitet.

Die Artgemeinschaft verbreite "unter dem Deckmantel eines pseudoreligiösen germanischen Götterglaubens ihr gegen die Menschenwürde verstoßendes Weltbild", teilte das Innenministerium mit. So weise die Ideologie klare Merkmale der NS-Rassenlehre auf, wobei das Wort Art als Synonym des Rassebegriffs verwendet werde.

150 Mitglieder vermutet

Laut Bundesinnenministerium umfasst das Verbot auch alle Teilorganisationen der Bewegung, die nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden rund 150 Mitglieder hat. Dazu gehörten sogenannte Gefährtschaften, Gilden, Freundeskreise und ein Verein namens Familienwerk.

https://www.focus.de/politik/deutschland/bundesregierung-geraet-wegen-migrationspolitik-in-bruessel-unter-druck_id_213439193.html 26.9.2023

Internes Papier aufgetaucht: Deshalb blockieren Faeser und Baerbock EU-Asylreform

In Brüssel wächst der Unmut über den Kurs der Bundesregierung in der Migrationspolitik. Ein internes Papier zeigt: Innenministerin Nancy Faeser dürfte maßgeblich an der Blockade beteiligt gewesen sein.

Die Bundesregierung gerät wegen ihrer Ablehnung von Vorschlägen zur geplanten Reform des EU-Asylsystems zunehmend unter Druck [europäischer](#) Partner. Die Position Berlins sei maßgeblich dafür verantwortlich, dass notwendige Verhandlungen mit dem Europaparlament

derzeit blockiert seien, sagten mehrere Diplomaten und EU-Beamte der Deutschen Presse-Agentur vor einem Innenministertreffen an diesem Donnerstag. Wenn es eine Chance geben sollte, die Asylreform noch vor der Europawahl zu beschließen, müsse sich die Bundesregierung bewegen und dem Vorschlag für die sogenannte Krisenverordnung zustimmen.

Faeser laut interner „Weisung“ maßgeblich an Blockade beteiligt

Eine interne „Weisung“ aus dem Auswärtigen Amt von Annalena Baerbock, die [„Bild“](#) vorlag, zeigt: Innenministerin Nancy Faeser ist maßgeblich an der Blockade der EU-Asylreform beteiligt.

Das Papier vom 26. Juli wurde demnach in Faesers Ministerium erstellt. Darin werde der Botschafter Michael Clauß, Deutschlands Ständiger Vertreter in der EU, angewiesen, der europäischen Asyl-Reform nicht zuzustimmen. „Angesichts der unverändert weiter bestehenden grundlegenden Bedenken, kann Deutschland aber nicht zustimmen, daher Enthaltung.“

Begründet wird dies „Wg. Sorge vor signifikanter Herabsetzung der Standards für Schutzsuchende; keine Ausnahmen für Minderjährige und deren Familienangehörige sowie für Menschen mit identifizierbaren Behinderungen“.

<https://twitter.com/SHomburg/status/1706997413435539888?s=20>

27.9.2023

by Stefan Homburg

Über Monate erzählte uns @NancyFaeser (<https://twitter.com/NancyFaeser>), die illegale Massenmigration sei nicht national lösbar, sondern nur EU-weit.

Nun offenbar ein Leak, dass Faeser den EU-Asylkompromiss in Brüssel torpediert. Mehrere Zeitungen berichten.

Hintergrund: Der vor Monaten ausgehandelte Asylkompromiss nimmt wichtige Herkunftsländer wie Syrien und Afghanistan von Verschärfungen aus, wird wohl vom EU-Parlament verwässert und soll vielleicht übernächstes Jahr implementiert werden.

Sprich: Der Kompromiss hätte ohnehin so gut wie nichts gebracht. Insofern ist mir Faesers Taktik völlig rätselhaft. Ebenso rätselhaft ist mir, warum die Hessen-FDP eine Ampel unter Faesers Führung anstrebt. Irgendwie kann das alles nicht wahr sein!

➡ Berliner Zeitung (<https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/eu-asylpakt-deutschlands-blockadehaltung-veraergert-bruessel-li.435305>), 27.09.23

➡ Focus (https://www.focus.de/politik/deutschland/bundesregierung-geraet-wegen-migrationspolitik-in-bruessel-unter-druck_id_213439193.html), 26.09.23

➡ Bild (<https://www.bild.de/bild-plus/politik/inland/politik/der-beweis-so-sabotiert-die-ampel-die-eu-asylreform-85534064.bild.html>), 26.09.23

<https://www.nius.de/Politik/manipulierte-statistik-wie-das-faeser-ministerium-rechte-angriffe-auf-fluechtlingsheime-erfindet/c3be8502-7ac6-42ef-b285-a1ad0e4890e6> 25.9.2023

Manipulierte Statistik: Wie das Faeser-Ministerium rechte Angriffe auf Flüchtlingsheime erfindet

80 Angriffe auf Asylunterkünfte verzeichnet das Bundesinnenministerium für das erste Halbjahr 2023. Eine exklusive Recherche von NIUS deckt nun Bemerkenswertes auf: Bei einem Großteil der Taten spielten die

Flüchtlingsheime selbst überhaupt keine Rolle. Die Zahl der tatsächlichen Angriffe ist gering. Einen Beweis für einen als rechts verorteten Täter bei einem Angriff auf ein bewohntes Asylheim gibt es nur in einem einzigen Fall.

Anfang August erschütterte Deutschland eine Statistik über Angriffe auf Asylunterkünfte. Die [Antwort der Bundesregierung](#) auf eine kleine Anfrage der Linksfraktion im Deutschen Bundestag schien eine deutliche Sprache zu sprechen: Im ersten Halbjahr 2023 kam es demnach zu 80 Übergriffen auf eine Flüchtlingsunterkunft. 74 der Taten, also mehr als 92 Prozent, ordnete das Bundeskriminalamt (BKA) in seiner Statistik der „politisch motivierten Kriminalität“ dem rechten Spektrum zu.

Genauere Statistiken finden Sie hier: [Die Faeser-Fälschung: Hälfte der „Angriffe auf Flüchtlingsheime“ hatte gar nichts mit Flüchtlingsheimen zu tun.](#)

<https://www.nius.de/Politik/die-faeser-faelschung-haelfte-der-angriffe-auf-fluechtlingsheime-hatte-gar-nichts-mit-fluechtlingsheimen-zu-tun/59038a5e-34fb-4544-8a4e-6abd171e0f82>

Bedeutet laut NIUS-Recherche im Klartext: Insgesamt kann man nur in 17 Fällen von einem Angriff auf eine Flüchtlingsunterkunft sprechen, wobei in neun dieser Fälle kein Asylbewerber in der Unterkunft wohnte, da sich diese gerade erst in Planung befand.

16 dieser 17 Taten werden in der Statistik rechten Tätern zugeschrieben. Da diese aber bis auf drei Fälle regelmäßig unbekannt bleiben und es somit keine konkreten Tatverdächtigen gibt, ist die Einstufung als „rechte“ Tat meist weder nachvollziehbar, noch beweisbar. Waren es am Ende doch nur randalierende Jugendliche ohne politische Motivation? Darauf kann die Statistik keine Antwort geben. Ähnliches zeigt sich auch an anderen Tatorten: In den meisten Fällen ist die Einordnung als „politisch motivierte Kriminalität rechts“ irreführend, im schlimmsten Fall: falsch.

<https://reitschuster.de/post/containersiedlung-fuer-fluechtlinge-mitten-auf-schulgelaende/> 26.9.2023

Containersiedlung für Flüchtlinge mitten auf Schulgelände Sind besorgte Eltern jetzt alle "Nazis"?

„KEINE GEFAHR!!!!“ – mit diesen zwei Worten in Großbuchstaben und vier Ausrufezeichen begann die Mail, die mir heute ein befreundeter Kollege schickte. Weiter stand da: „In Monheim wird eine Containersiedlung für Flüchtlinge eingerichtet. Auf einem Schulgelände!!!! Wo 600 Schüler (teilweise wohl sogar Inklusion) in die Schule gehen. Die Elternschaft war empört bis entsetzt. Also wurde der Bürgermeister Daniel Zimmermann gefragt, was es denn für ein Sicherheitskonzept gäbe. Die Antwort: Es gibt kein Sicherheitskonzept. Wir brauchen keines. Es geht von den Flüchtlingen keine Gefahr aus.“

Monheim hat 43.000 Einwohner im nordrhein-westfälischen Kreis Mettmann: Es liegt rechtsrheinisch zwischen den beiden Großstädten Düsseldorf und Köln.

Eine kurze Internet-Recherche ergab, dass die Pläne tatsächlich bestehen. So schreibt etwa die „[Rheinische Post](#)„: „Die katholische Lottenschule in Monheim teilt sich mit der Gemeinschaftsgrundschule (GGs) Astrid-Lindgren-Schule ein Schulzentrum. Gleich nebenan: das Förderzentrum Süd in Kreisträgerschaft, das Förderschüler unterrichtet. Auf dem Schulgelände sollen nach dem Willen von Bürgermeister und Stadtratsmehrheit (Peto-Partei) für mindestens drei Jahre Container für die Unterbringung von bis zu 80 Flüchtlingen stehen. Im Stadtrat ist es am Mittwoch (20. September 2023) zu einem heftigen Schlagabtausch zwischen dem Bürgermeister und besorgten Eltern gekommen.“

Auch an einer renovierten Obdachlosen- und Flüchtlingsunterkunft in Monheim sollen zusätzlich Container aufgestellt werden, die für bis zu 40 Migranten Platz bieten. Insgesamt beherbergt die Stadt Monheim laut dem

Zeitungsbericht aktuell rund 830 Menschen mit Flüchtlingsstatus. Laut Bürgermeister Daniel Zimmermann (Peto) sind das „mehr als 2015“, zum Höhepunkt der sogenannten „Flüchtlingskrise“.